

Der Grosse Rat des Kantons Bern

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 13. Juni 2017

Finanzdirektion

54 2016.RRGR.1033 Motion 237-2016 Streit-Stettler (Bern, EVP)

Steuergelder sparen und Innovation fördern mit dem offenen Austausch von Behördendaten und Behördensoftware

Vorstoss-Nr.: 237-2016

Vorstossart: Motion

Eingereicht am: 30.11.2016

Eingereicht von: Streit-Stettler (Bern, EVP) (Sprecher/in)

Alberucci (Ostermundigen, glp)

Machado Rebmann (Bern, GPB-DA)

Zauqq-Graf (Uetendorf, q1p)

Weitere Unterschriften: 15

RRB-Nr.: 390/2017 vom 26. April 2017

Direktion: Finanzdirektion

Steuergelder sparen und Innovation fördern mit dem offenen Austausch von Behörden-Daten und -Software

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. nicht sicherheitskritische und nicht personenbezogene Daten des Kantons Bern auf einem Open-Government-Data-Portal konsequent zugänglich zu machen
2. ein Open-Source-Software-Portal zu schaffen, wo der Kanton und die Gemeinden Open-Source-Entwicklungen austauschen können

Begründung:

Zu Punkt 1:

Gemäss Open-Government-Data-Strategie (OGD-Strategie) des Bundesrats ist es förderlich für Demokratie, Behördeneffizienz und Innovation, wenn öffentliche Stellen nicht sicherheitskritische und nicht personenbezogene Daten zur freien Verwendung bereitstellen. Heute hingegen müssen Geo-, Umwelt- oder Finanzdaten des Kantons Bern von der Wirtschaft bzw. von interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Netz mühsam zusammengesucht oder bei der zuständigen Behörde angefordert werden. Dies ist nicht mehr zeitgemäss.

Auf eidgenössischer Ebene bestehen bereits eine OGD-Strategie und das opendata.swiss-Portal, wo Bund, öffentlich-rechtliche Unternehmen (SBB), Kantone und Gemeinden ihre Daten zu verschiedensten Themen zugänglich machen. Die Kantone Basel-Stadt und Zürich bekennen sich ebenfalls zu einem offenen Austausch von Behördendaten und haben bereits eine OGD-Strategie verabschiedet. Beide nutzen das Open-Government-Portal opendata.swiss zur Freigabe ihrer Daten.

Damit der Kanton Bern in diesem Bereich den Anschluss nicht verpasst und sich gegenüber der Wirtschaft als innovativ und transparent präsentieren kann, soll auch er seine Daten konsequent und kostenlos zugänglich machen. Damit keine neue Plattform aufgebaut werden muss, soll sich der Kanton Bern am opendata.swiss-Portal beteiligen, um dort seine Daten zugänglich zu machen.

Zu Punkt 2:

Zur Umsetzung der mit 130 zu 0 überwiesenen Motion 177-2013 «Synergien beim Software-Einsatz im Kanton Bern nutzen» ist es notwendig, dass der Kanton die zur Freigabe bestimmte Open-Source-Software auf einer Plattform veröffentlichen kann. Dies soll er entweder auf einer bestehenden Plattform wie GitHub tun oder eine eigene aufbauen.

Wenn Behörden verschiedener Gemeinwesen gemeinsam Open-Source-Fachanwendungen entwi-

ckeln, können sie Synergien nutzen: Die Weiterentwicklungskosten, die bei herkömmlichen Systemen oft teurer sind als der ursprüngliche Kauf, können längerfristig geteilt werden. Die Sicherheit und Stabilität wird noch eingehender getestet, wenn die Software von verschiedener Seite verwendet wird. Bei wachsender Verbreitung kann sie sogar zu einem De-facto-Standard werden, was zusätzliche Vorteile mit sich bringt.

Ein erfolgreiches Beispiel einer Open-Source-E-Government-Lösung ist CAMAC für die Verwaltung von Baugesuchen. Diese Plattform wird zurzeit in den Kantonen Waadt, Tessin, Neuenburg, Uri, Basel-Stadt, Jura, Genf und Freiburg eingesetzt und von diesen mithilfe von externen Anbietern aktiv weiterentwickelt.

Ein juristisches Gutachten des Kantons Bern zeigte im August 2016 auf, dass die Kantonsverwaltung und Gemeinden im Kanton Bern intern oder auch durch externe Anbieter entwickelte Software unter einer Open-Source-Lizenz freigeben dürfen. Dies macht Sinn bei zahlreichen Fachanwendungen, die in Gemeinwesen ähnliche Bedürfnisse abdecken müssen. Damit wird der Markt für IT-Anbieter nicht etwa eingeschränkt, sondern im Gegenteil gestärkt, weil Software-Entwicklung hoch qualifizierte Programmierer und IT-Architekten benötigt und sich nicht nur internationale Grosskonzerne, sondern Firmen vor Ort an einem echten Wettbewerb beteiligen können.

Antwort des Regierungsrats

Zu Ziffer 1

«Open Government Data» (OGD) bedeutet die freie Verfüg- und Nutzbarkeit von Daten aus der öffentlichen Verwaltung. Diese Forderung beruht auf der Annahme, dass öffentlich zugängliche Daten und Informationen zu mehr Transparenz und Vertrauen führen sowie die Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

Der Regierungsrat begrüsst die Diskussion um die Relevanz dieser Daten und die Anstrengungen des Bundes, Strategien und Instrumente zu entwickeln, um Datenbestände der öffentlichen Verwaltung aktiver zu verbreiten und so eine breitere Nutzung zu ermöglichen.

Die Statistikkonferenz des Kantons Bern verfolgt die Diskussionen und Arbeiten betreffend OGD deshalb seit Längerem, pflegt entsprechende Kontakte, arbeitet punktuell an bestimmten Themen mit und ist durch das Amt für Informatik und Organisation (KAIO) auch in der Fachgruppe «OGD Schweiz» vertreten. Gemäss einer Studie der kantonalen Statistikkonferenz aus dem Jahr 2013 wäre eine Anbindung des Kantons Bern an das OGD-Portal des Bundes grundsätzlich möglich, dies würde jedoch aufgrund der dezentralen Organisationsform des Statistikwesens im Kanton Bern im Vergleich zu anderen Kantonen überdurchschnittlich viele Ressourcen binden. Da auf Ebene «OGD Schweiz» zudem noch verschiedene offene Fragen zu klären sind, scheint eine Anbindung von Datenbeständen aus dem Kanton Bern an das opendata.swiss-Portal zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend, ebenso wenig der Aufbau eines eigenen kantonalen OGD-Portals. Es gilt nicht zuletzt auch hier, möglichst effiziente, korrekte Lösungen zu entwickeln, Doppelspurigkeiten zu vermeiden und die Qualität des neuen (Daten-)Angebots sicherzustellen. Der Kanton Bern wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten deshalb weiterhin mit Interesse an den entsprechenden Diskussionen und Arbeiten beteiligen.

Es soll dabei jedoch nicht vergessen werden, dass sich dieses neue Angebot, welches auf maschinenlesbare Formate setzt, an eine bisher noch eher kleine Gruppe von Datenspezialistinnen und -spezialisten richtet. Diese werden im Idealfall als Multiplikatoren dienen. Gleichwohl ist es unerlässlich, dass die öffentliche Verwaltung Daten nicht nur dieser spezifischen Zielgruppe, sondern auch der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Dieser Auftrag bedingt anderer Kanäle und Formate. Als Mitunterzeichner der Charta der öffentlichen Statistik der Schweiz hat sich der Kanton Bern beispielsweise verpflichtet, den Bedarf an statistischen Informationen von gesellschaftlichem Interesse zu decken und diese in geeigneter Form öffentlich zugänglich zu machen.

Im Sinne von Öffnung von Datenbeständen und Förderung von Transparenz wird der Kanton Bern deshalb – parallel zu den Diskussionen um den Auf- und Ausbau eines OGD-Portals Schweiz – seine knappen Ressourcen vorderhand dafür einsetzen, sein bisheriges Angebot an Daten und Informationen für die breite Öffentlichkeit weiter auszubauen, qualitativ zu verbessern und dafür zu sorgen, dass dieses Angebot von möglichst vielen Nutzenden einfach und kostenlos genutzt und weiterverwendet werden kann (offene Daten für alle). Nach Vorliegen eines ausgereiften Konzepts bzw. einer nationalen Lösung können diese und weitere Daten auf dieser Grundlage auch in maschinenlesbarer Form über das opendata.swiss-Portal Schweiz zur Verfügung gestellt werden (offene Daten gemäss OGD-Strategie Schweiz).

Der Regierungsrat sieht vor, die Frage nach einer aktiven Teilnahme und ggf. Einbindung von kantonalen Daten im gemeinsamen Open Data-Portal Schweiz im Rahmen der Erstellung einer neuen E-Government-Strategie für den Kanton Bern nochmals vertieft zu prüfen.

Antrag: Annahme als Postulat

Zu Ziffer 2

Es trifft zu, dass ein vom KAIO in Auftrag gegebenes Gutachten von Prof. Dr. Tomas Poledna und Prof. Dr. Simon Schlauri¹ zum Schluss kommt, dass die Publikation von Software, die dem Kanton gehört, als Open Source Software (OSS) nach dem Berner Recht unter bestimmten Bedingungen ohne Gesetzesänderung zulässig ist.

Zur Umsetzung der Motion 177-2013 wird das KAIO daher im Jahr 2017 einen Service konzipieren, der es den für die einzelnen Fachapplikationen der Verwaltung verantwortlichen Behörden ermöglicht, diese als OSS zu publizieren, wenn sie zum Schluss gelangen, dass dies die sichere und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung der Verwaltung unterstützt. Dies kann etwa dadurch erfolgen, dass mit einer OSS-Publikation mehr Entwicklerinnen und Entwickler der Applikation verfügbar werden, was die Abhängigkeit von den ursprünglichen Entwicklerinnen und Entwicklern reduziert und einen Wettbewerb bei der Vergabe von Pflege- oder Weiterentwicklungsaufträgen ermöglicht. Die OSS-Publikation kann auch dazu beitragen, dass Sicherheitslücken schneller erkannt und behoben werden. Demgegenüber ist es weiterhin nicht zulässig, dass der Staat ohne Bezug zu einer bestehenden Aufgabe OSS-Software zu Gunsten der Öffentlichkeit entwickelt. Dies würde in unzulässiger Weise in den privaten Softwaremarkt eingreifen und als neue Staatsaufgabe eine formell-gesetzliche Grundlage voraussetzen.

Ob der Service auf einer bestehenden OSS-Plattform wie GitHub oder auf einer eigenen Plattform aufgebaut wird, ist noch offen. Wie im Gutachten empfohlen, wird zudem im Verordnungsrecht eine Grundlage für die Publikation von OSS geschaffen. Dies erfolgt voraussichtlich im Rahmen der für das laufende Jahr vorgesehenen Anpassung von Verwaltungsorganisationsverordnungen als Folge des ICT-Harmonisierungsprogramms «IT@BE».

Antrag: Annahme.

Der Regierungsrat beantragt:

Punktweise beschlossen

Ziffer 1: Annahme als Postulat

Ziffer 2: Annahme

Präsidentin. Wir kommen zu Traktandum 54. Es ist eine Motion von Frau Grossrätin Streit. Die Motion wird von der Regierung punktweise als Motion beziehungsweise als Postulat angenommen. Das bedeutet, dass wir ziffernweise abstimmen werden. Wir führen eine freie Debatte. Ich gebe der Motionärin das Wort.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Zuerst möchte ich dem Regierungsrat herzlich für seine doch hauptsächlich positive Antwort auf unsere Motion danken. Vor allem finden wir sehr erfreulich, dass er Ziffer 2 als Motion annehmen will. Damit kann der Kanton Bern substanziell Steuergelder sparen und Innovation fördern. So setzt er die Motion «Synergien beim Software-Einsatz im Kanton Bern nutzen», die der Grosse Rat 2014 einstimmig angenommen hatte, konkret um. Nicht ganz nachvollziehbar ist für uns Motionäre, dass der Regierungsrat Ziffer 1 nur als Postulat annehmen will. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass er das bisherige Angebot an Daten und Informationen für die breite Öffentlichkeit weiter ausbauen will. Damit er das kann, muss er die Daten auch aufbereiten. Das Einzige, was wir zusätzlich verlangen, ist das Hochladen der Daten auf das Open-Government-Data-Portal. Das ist im Verhältnis auch kostenmässig ein sehr kleiner Aufwand im Vergleich zum Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger und vor allem auch zum Nutzen für die Wirtschaft. Unternehmen, die im Kanton Bern wirtschaften, beziehungsweise in den Kanton Bern ziehen wollen, sollen wichtige Daten nicht zusammensuchen müssen, sondern von uns präsentiert erhalten. Im Zeitalter der «Push-Nachrichten» ist das angebracht. Wir haben eine Bringschuld und nicht die Unternehmen eine Holschuld.

Die Kantone Zürich, Basel-Stadt, St. Gallen und Genf sind alles Kantone mit einer starken Wirtschaft. Sie publizieren ihre Daten bereits auf «Open Data Swiss». Jetzt geht es darum, dass auch der Kanton Bern die Zeichen der Zeit erkennt und wie die anderen grossen und starken Kantone auf

¹ S. die Medienmitteilung vom 29. August 2016,

http://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2016/08/20160826_1438_nachrichten_aus_derverwaltung.

der Plattform Open Data Swiss seine Daten publiziert.

Der Regierungsrat sagt, die Technologie sei nicht ausgereift. Das stimmt nicht: Die Technologie ist bereits seit vier Jahren in Betrieb und funktioniert bestens. Jetzt ist auch der richtige Zeitpunkt. Vielfach wird bei Vorstössen argumentiert, es sei nicht der richtige Zeitpunkt. Aber für unseren Vorstoss stimmt der Zeitpunkt, um Ziffer 1 anzunehmen. Sie wissen alle, dass die ICT im Kanton Bern im Umbruch ist. Das betrifft nicht nur die Grundversorgung. Man ist dabei, eine E-Government-Strategie zu erarbeiten. Man ist dabei, auch die Archivierung zu digitalisieren. Jetzt ist also auch der richtige Zeitpunkt, um sich zu überlegen, wie man die Daten den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen will. Wir haben bekanntlich schon lange seit Inkrafttreten der neuen Verfassung vor etwa 20 Jahren das Öffentlichkeitsprinzip und rühmen uns dafür. Aber was heisst das konkret? Was bedeutet das für die Umsetzung? Wie werden den Bürgerinnen und Bürgern die Daten zur Verfügung gestellt, damit sie diese abrufen können, ohne darum bitten zu müssen? Ziffer 1 bedeutet Bürgernähe, und dass der Kanton Bern kunden- und dienstleistungsorientiert arbeitet. Dazu gehört auch, dass unsere Forderung in Ziffer 1 in den ICT-Strategien, die am Laufen sind, mitgenommen und eingebaut wird.

Präsidentin. Wir kommen zu den Mitmotionären. Für die glp spricht Grossrat Alberucci.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Die glp-Fraktion ist erfreut, dass sich der Regierungsrat mit den Themen Open Source und Open Data weiterhin auseinandersetzen will. Wir unterstützen diesen Vorstoss im Grundsatz. Ziffer 1 möchte ich als Mitmotionär – und ebenfalls meine Fraktion – als Motion überwiesen haben. Nicht sicherheitskritische und nicht personenbezogene Daten sollen gemäss Ziffer 1 konsequent auf einem Open-Data-Portal zur Verfügung gestellt werden. Der Regierungsrat argumentiert, das sei aufgrund der dezentralen Organisation der Statistik im Kanton Bern schwierig. Zudem sagt er, dass dort die maschinenlesbaren Formate zur Verfügung gestellt würden. Es sei unerlässlich, dass die Daten auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich seien. Implizit meint er, das sei jetzt nicht der Fall. Dieser Argumentation können wir nicht folgen. Gehen Sie einmal auf dieses Portal, www.opendata.swiss. Es lohnt sich. Was sieht man dort? Man sieht dort eine Ansammlung von Daten und Informationen aus vielen relevanten Bereichen. Diese Informationen sind in ihren Ursprungsformaten bereitgestellt. Das heisst, dass die Bereitstellung dieser Informationen keinen wahnsinnigen Aufwand bedeuten kann, wenn keine Formatänderungen gemacht werden müssen. Genau diese Vereinheitlichung der Formate, zum Beispiel eine grafische Darstellung, wollen wir eben nicht. Das würde wahrscheinlich zu einem extrem Ressourcen verschwendenden IT-Projekt ausarten.

Selbst ich als Nicht-Datenspezialist war gestern hier am Pult in der Lage, mehr als 50 Prozent der Daten auf meinem Laptop zu lesen. Das heisst, dass wir mit einem geringen Aufwand in der Lage sind, selbst Leute wie mich – und wahrscheinlich Sie alle – mit wichtiger, öffentlich zugänglicher Information zu füttern. So fördern wir die Transparenz des Kantons und der Tätigkeiten verschiedener Bereiche. Deshalb wird die glp Ziffer 1 mehrheitlich auch als Motion unterstützen.

Präsidentin. Als Mitmotionärin spricht Grossrätin Machado.

Simone Machado Rebmann, Bern (GPB-DA). Ich spreche hier, weil wir im November 2014 ein Postulat überwiesen haben, welches die Einführung von Open Government Data verlangte. Das Postulat wurde im Januar 2017 mit der Begründung abgeschrieben, die Regierung wolle sich zuerst auf Be-Gever 2022 konzentrieren und dieses Geschäftsverwaltungssystem einführen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir Ziffer 1 als Motion überweisen und nicht als Postulat. Letzteres birgt die Gefahr, dass es wieder abgeschrieben wird.

Präsidentin. Dann sind wir jetzt bei den Fraktionen. Für die SVP-Fraktion spricht Grossrat Fuchs.

Thomas Fuchs, Bern (SVP). Dieser Vorstoss klingt recht gut: Steuergelder sparen. Sogar die Grünen und andere, die sonst nicht fürs Sparen bekannt sind, unterstützen ihn teilweise. Das lässt einen bereits misstrauisch werden, ob hier wirklich Steuergelder gespart werden. Wir sind der Meinung, hier wäre das Motto «nume nid gschprängt» wahrscheinlich besser angebracht und lehnen den Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat ab. Im Kanton wird in der IT bereits recht viel gemacht. Man hat die Möglichkeiten erkannt, und wo nötig wird gemacht, was es braucht. Es ist nicht so, dass die Leute alle darauf warten, dass man sofort bei diesen Open-Government-Portalen

und Open Source Software mitmacht.

Auf www.opendata.swiss hat es 2214 Datensätze. Wow, wahnsinnig, wie viele Leute sich das wahrscheinlich ansehen! Man kann zum Beispiel «Handel» eingeben, und dann kommen als erstes Indien-Bilder der Gebrüder Volkart. Entschuldigung, aber da wird wahrscheinlich schon ein bisschen gross aufgespielt und das Gefühl vermittelt, der Kanton Bern müsse hier mitmachen. Wir sind der Meinung, Steuergelder könnten besser investiert werden. Es gibt viel wichtigere Projekte in diesem Kanton. Darum bitten wir Sie, die Vorstösse klar abzulehnen. Das bringt im Moment wenig bis nichts ausser vielleicht zwei, drei Stimmen für die Grünen.

Roberto Bernasconi, Malleray (SP). Je serai très bref. La problématique soulevée par cette motion est claire, et je ne vais pas revenir sur les points et arguments développés par mes prédécesseurs. Je ne m'attarderai rapidement que sur un seul point, le fait que le gouvernement réponde que «ce serait bien de le faire mais qu'on ne peut pas maintenant», ou qu'«on va le faire plus tard, quand le moment sera venu», ne peut nous satisfaire. Le canton de Berne doit, comme le demandent les motionnaires, prendre les devants et s'y atteler sans attendre. Pour cette raison et les arguments déjà mentionnés, le groupe socialiste va soutenir le premier point sous forme de motion, ainsi que le point 2, et je vous invite à en faire autant.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Ich möchte Ihnen sagen, weshalb die Grünen diesen Vorstoss als Motion unterstützen und zwar bei beiden Ziffern. Grossrat Fuchs, ich kann Ihnen ein konkretes Beispiel aus meiner beruflichen Erfahrung nennen, weshalb das einerseits für diejenigen Sinn macht, welche die Daten brauchen und andererseits auch für den Kanton. Ich brauchte bei meinem früheren Job immer wieder so genannte Laserscanning-Daten vom Kanton. Das sind Daten, die der Kanton erhebt. Mit einem Flugzeug wird ein Gebiet überflogen und die Oberfläche abgetastet. Diese Daten kann man für verschiedenste Anwendungen benutzen. Der Kanton gibt diese Daten gratis ab, ausser es koste eine Bearbeitungsgebühr. Es bedeutet für mich einen Aufwand, diese Daten zu bestellen, weil ich genau sagen muss, welchen Teil davon ich brauche. Auf Seiten des Kantons ist jemand dort, der nachher die Daten aufbereitet und sie mir schickt. In anderen Kantonen werden diese Daten einfach zum Download bereitgestellt. Ich kann das automatisieren, die Daten herunterladen und benutzen. Das ist für mich als Nutzer eine Erleichterung, und es ist für den Kanton eine Erleichterung, weil nicht jedes Mal, wenn einer Daten braucht, jemand diese aufbereiten und bereitstellen muss. Open Government Data nutzt eben genau die Idee, dass man Daten bereitstellt und sich die Leute selber bedienen. Damit sinkt auch der Aufwand derjenigen, welche die Daten zur Verfügung stellen. In dem Sinn ist es eine Win-win-Situation. Es ist auch Wirtschaftsförderung, die dadurch betrieben wird. Wenn die Daten verfügbar gemacht werden, braucht man sie auch häufiger. Das hilft gerade kleinen Firmen, neue Produkte zu entwickeln. In dem Sinn bitte ich insbesondere die Parteien, die sich immer dafür einsetzen, dass man die Wirtschaft stärkt, Ziffer 1 als Motion zu überweisen.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Die FDP machte Freudensprünge ab dem Titel dieses Vorstosses. Könnte man separat darüber abstimmen, würden wir ihn einstimmig als Motion annehmen. Bei den Ziffern 1 und 2 sind wir in der Fraktion ein bisschen gespalten. Wir werden dem Regierungsrat folgen. Ich möchte aber bekannt geben, dass einige von uns sich enthalten oder ablehnen. Ich war letzte Woche auch ein bisschen auf diesem Portal. Die Daten des Bundes sind sehr interessant. 95 Prozent der Daten, die der Bund zur Verfügung stellt, sind einfach ein Link auf das Bundesamt für Statistik. Ich bin auch nicht so begeistert von der Qualität des Portals. Ebenfalls hatte ich gestern Abend einen Anlass eines Wirtschaftsverbands. Ich sprach etwa mit 30 Firmen und fragte, ob sie das Portal kennen und nutzen würden. Von diesen 30 Firmen fragte jeder, was das genau sei. «Nein, noch nie gebraucht und noch nie davon gehört.» Das Bedürfnis danach ist nicht gerade sehr gross. Sollte der Regierungsrat bereit sein, bei diesem Vorstoss mitzuhelfen und einen Beitrag dazu zu leisten, dann soll er das machen. Die Begeisterung und die Energie der FDP halten sich in einem beschränkten Rahmen. Ziffer 1 unterstützen wir maximal als Postulat. Einige werden sich enthalten oder ablehnen. Zu Ziffer 2: Wenn der Regierungsrat das machen will, wollen wir ihm nicht vor dem Glück stehen.

Daniel Schwaar, Wileroltigen (BDP). Vieles zu diesem Thema wurde gesagt. Ich fasse mich deshalb relativ kurz. Die freie Zugänglichkeit zu Daten aus der öffentlichen Verwaltung – vorausgesetzt, sie sind nicht sicherheitskritisch oder personenbezogen – ist in der heutigen Zeit aus Sicht der BDP

keine Extraleistung mehr, sondern ein «must have» auch für den Kanton Bern. Seien es Daten oder Software-Applikationen: Eine niederschwellige und einfache, jeder Zeit verfügbare Zugänglichkeit ist in der heutigen digitalen Welt unabdingbar und eine von den Usern geschätzte und mehr als nur wünschenswerte Anforderung. Die Zugänglichkeit bietet viele Vorteile. Alle wurden schon genannt. Der Kanton Bern ist gegenüber seinen Gemeinden, den verschiedenen Ämtern und schlussendlich auch gegenüber jedem Steuerzahler ein Dienstleister, der, wie der Name es schon sagt, eine Dienstleistung gegenüber Kunden erbringen muss. Diese soll von hoher Qualität und insbesondere an die Bedürfnisse der Kunden angepasst sein, damit sie auch genutzt wird.

Ein etwas kritisches Auge richten wir auf die Personalkosten, die insbesondere in Bezug zu Ziffer 1 steigen könnten. Das macht uns stutzig. Darum wurde Ziffer 1 bei uns kritisch beurteilt. Aus diesem Grund unterstützt nur ein Teil der BDP-Fraktion diesen Vorstoss in beiden Ziffern als Motion. Falls Ziffer 1 in ein Postulat gewandelt wird, nehmen wir dieses selbstverständlich einstimmig an. Ziffer 2 ist bei uns als Motion unbestritten.

Präsidentin. Wir führen eine freie Debatte. Ich sehe keine Fraktions- oder Einzelsprecher mehr. – Die Motionärin meldet sich. Möchten Sie vor oder nach der Regierungsrätin sprechen? – Nach der Regierungsrätin. Somit übergebe ich ihr das Wort.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Es ist tatsächlich so, dass die Bedeutung strukturierter Daten immer mehr zunimmt, vor allem in der zunehmenden Digitalisierung unserer Welt: Digitalisierung im Staat, in der Wirtschaft, aber auch in der Gesellschaft. Immer häufiger hört man, dass gerade im 21. Jahrhundert Daten einer der wichtigsten «Rohstoffe» der Schweiz seien. Der Regierungsrat unterstützt das Anliegen, dass dieser Rohstoff unseren Bürgerinnen und Bürgern im Kanton aber auch den Unternehmungen so gut wie möglich zur Verfügung stehen soll.

Es geht auch darum, dass diese Daten mit Steuergeldern erhoben wurden, und daher sollen sie grundsätzlich auch zur Verfügung stehen. Es soll auch gratis sein. Das ist eigentlich auch der Gedanke hinter dem Begriff «Open Government Data». Trotzdem empfehlen wir Ziffer 1 der Motion nur zur Annahme als Postulat. Es gab eine Zeit lange vor Ihrer Zeit im Amt, als der Grosse Rat beschloss, die kantonalen Statistikämter zu schliessen. Wenn heute andere Kantone genannt werden, die das locker machen können, dann handelt es sich um Kantone, die noch ein statistisches Amt haben. Der Kanton Bern hat das seit über 20 Jahren nicht mehr. Die Daten, über die wir diskutieren, sind eben genau solche Daten, die von einem kantonalen statistischen Amt erhoben und aufbereitet werden. Das ist im Kanton Bern nicht der Fall. Jede Direktion und jedes Amt bereitet die Daten für sich auf. Sollen die Daten allen zugänglich sein, besteht ein grosser Bedarf an Personal. Uns fehlen aktuell die Fachleute. Aber es fehlen uns auch die Ressourcen, um die Daten einheitlich und strukturiert aufzubereiten. Nur so könnten sie auf einem nationalen Portal zur Verfügung gestellt werden. Es wurde zuvor schon kurz erwähnt: Wir befinden uns in einer Diskussion eines Entlastungspakets. Da müssen wir die Ressourcen definitiv bündeln.

Zudem gibt es auch auf nationaler Ebene diverse Fragen zur Zukunft von Open Data und Swiss Portal, die geklärt werden müssen. Darum möchte sich der Regierungsrat in den nächsten Jahren darauf konzentrieren, die vorhandenen Daten erst einmal zu koordinieren und danach so gut wie möglich verfügbar zu machen. Im Rahmen der Arbeiten zur E-Government-Strategie werden wir nach Wegen suchen, wie wir mittelfristig diese Daten noch strukturierter und zentraler erheben und anschliessend veröffentlichen können.

Mit Ziffer 2 sind wir einverstanden. Das ist eigentlich auch kein Problem. Aber bei Ziffer 1 haben wir eine Differenz. Ich bitte Sie, Ziffer 1 nur als Postulat anzunehmen, weil uns im Moment schlicht die Ressourcen fehlen, um die Daten so aufzubereiten, dass diese korrekt zur Verfügung gestellt werden können.

Präsidentin. Die Motionärin hat noch einmal das Wort.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Wir möchten auch bei Ziffer 1 an der Motion festhalten. Wir betrachten unseren Vorstoss als schlanke und offensive Lösung. Ich habe zuvor schon die wirtschaftlich starken Kantone erwähnt, die das bereits machen. Es ist nur richtig, wenn der Kanton Bern gleichzieht und in die Offensive geht. Es nützt nichts, wenn wir immer nur vom Sparen reden und der Wirtschaft nicht ein besseres Klima bieten. Das ist ein sehr kleines Mosaiksteinchen für dieses bessere Klima.

Zu Grossrat Reinhart möchte ich einfach sagen, dass es nicht unbedingt ein Nachteil ist, wenn auf

dieser Webseite Links vorhanden sind. Dadurch werden immer wieder neue Bereiche freigelegt, wenn man einen Link anklicken kann, der zu neuen Informationen führt. Ich sehe nicht ein, warum das schlecht sein sollte.

Präsidentin. Damit kommen wir zur Abstimmung zu Traktandum 54. Sie haben es gehört: Die Motionärin wandelt nicht. Wir stimmen ziffernweise ab. Wer Ziffer 1 als Motion annimmt, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 71

Nein 72

Enthalten 4

Präsidentin. Sie haben Ziffer 1 der Motion abgelehnt. Wir kommen zu Ziffer 2. Wer diese annimmt, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 98

Nein 48

Enthalten 2

Präsidentin. Sie haben Ziffer 2 angenommen. Damit sind wir am Ende der Geschäfte der Finanzdirektion angelangt. Ich bedanke mich herzlich bei Frau Regierungsrätin Simon und wünsche ihr einen guten Tag.